

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 30. Juni 2010

§ 14

Bericht über die Umsetzung der Legislaturplanung 2006-2010

(Beilage: je separater Bericht RR, 8.6.2010)

A. Bericht zur Umsetzung Legislaturplanung 2006/2010

Marco Hodel, Glarus, fügt namens der vom Bericht Kenntnis nehmenden CVP-Landratsfraktion Bemerkungen an. – Die Planung 2006/2010 war zu ambitiös und trug äusseren Faktoren zu wenig Rechnung, weshalb nicht alle Termine eingehalten und einige Kernprojekte nicht verwirklicht werden konnten. – Die Tabellen sollen klarer, übersichtlicher und verständlicher gestaltet werden, indem eine Spalte „erledigt 20xx / neuer Termin“ hinzu gefügt wird. So wären nicht nur Ziel- sondern auch Erfüllungstermine sichtbar.

Christoph Zürrer, Mollis, wird zu allen drei Themen sprechen. – Die SP-Landratsfraktion nimmt die Berichte zur Kenntnis und dankt dem Regierungsrat für die Arbeit. – Vor allem im Departement Bau und Umwelt blieb einiges unerledigt. Unklar ist, inwiefern ab 2008 der Langsamverkehr verbessert und das Mobilitätsmarketing umgesetzt wurde; manches scheint nicht gemäss Verkehrsrichtplan erledigt zu sein. Die beiden Themen hätten somit Bestandteil der Legislaturplanung 2010/2014 zu sein, was aber nicht der Fall ist. Mehrfach ist von der unbestreitbar Priorität geniessenden Umfahrungsstrasse zu lesen, während der Halbstundentakt nur im Entwicklungsplan erwähnt ist und ansonsten lediglich der Studententakt beim Sprinter ab 2013 aufscheint. Öffentlicher Verkehr (öV) und Strasse sind jedoch gleichwertig zu behandeln, und dank des überwiesenen Zwillingsmemorialsantrags wird die Landsgemeinde 2011 über den Halbstundentakt entscheiden, obwohl die beiden Anträge in der Übersicht der Landsgemeindetraktanden fehlen. Der Regierungsrat soll dafür besorgt sein, dass die Vorlagen dazu nicht erst im Dezember an den Landrat gelangen. – Das Beschränken auf Kunsthaus und Unesco Welterbe im Bereich Tourismus/Kultur genügt nicht. In erster Priorität hat der Regierungsrat eine kantonale Tourismus-Dachorganisation zu schaffen. – Der Redner bittet die Regierung, die Anregungen in den Bereichen Verkehr und Tourismus zur Kenntnis zu nehmen und umzusetzen.

Thomas Hefti, Schwanden, äussert sich ebenfalls zu allen drei Themen. – Die Vorlagen zu Kantonalbank, Sachversicherung und Kantonsspital nehmen dem Landrat Kompetenzen und Diskussionsstoff weg. Dies gibt ihm Zeit, solche Planungen vertiefter zu behandeln, und das Büro sollte sich überlegen, wie dies künftig geschehen könnte. – Das Überprüfen der Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden wird stetige Aufgabe bleiben. Sind die Gemeinden installiert, mag der Kanton noch schlanker werden können. – Bezüglich Finanzausgleich/NFA er-

folgte die Umsetzung bisher nur auf dem Papier. Ob sie funktioniert und ob die Bedenken der Gemeinden zutreffen oder nicht, wird sich erst bei den Budgetanträgen zeigen. – Beim öV deckt die erschreckende Gewalt in den Zügen Handlungsbedarf auf. Will auf den öV gesetzt werden, muss die Sicherheit der Fahrgäste auch abends gewährleistet sein. – Die Projektierung der ganzen Umfahrung ist nicht terminiert. Einzig die Umfahrung von Näfels anzugehen genügt nicht. Nur eine Gesamtplanung wird dem Willen der Landsgemeinde gerecht. – Wer die Fussgängerzone um das Rathaus in Glarus einmal genoss, muss Lust auf eine Umfahrung bekommen und festgestellt haben, dass der gesamte Verkehr unmöglich durch die Burgstrasse gezwängt werden kann.

Landammann *Robert Marti* bedankt sich für Hinweise, Anregungen und Kritik; die Regierung wird sie aufnehmen. – Die Lust auf Umfahrung wird von vielen geteilt und widerspiegelt sich im von der Landsgemeinde beschlossenen Strassenbauprogramm, an dem mit Hochdruck gearbeitet wird. – Die geforderte zusätzliche Terminspalte wird eingefügt. Hinzuweisen ist aber auf das umfangreiche Programm, das die kleine Verwaltung in der vergangenen Legislatur zu erfüllen hatte; der Landammann dankt deshalb den Angestellten für Einsatz und Leistung. – Der Zwillingsantrag ging vergessen und wird selbstverständlich aufgenommen. Für Langsamverkehr und öV werden jährliche Programme vorgelegt, die es dem Landrat erlauben, Gleichwertigkeit zu bewerten. – Bezüglich Aufgabenteilung Gemeinden/Kanton wird dem Landrat per Ende 2010 Bericht erstattet. Immerhin ist festzustellen, dass beim Kanton als Sparmassnahme 28 Stellen aufgehoben werden mussten und bei eigenen Ansprüchen auch der Behörden die Forderung gegenüber den Verwaltungsstellen von Gemeinden oder Kanton kaum zurückgesteckt werden will; dieser Widerspruch ist ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen. – Der Landammann beantragt, vom Bericht zur Umsetzung der Legislaturplanung 2006/2010 Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung: Der Landrat hat vom Bericht Kenntnis genommen.

B. Legislaturplanung 2010/2014

Martin Landolt, Näfels, weist namens der BDP-Landratsfraktion auf die Wichtigkeit der Legislaturplanung hin, weshalb diese nach Änderung eines Artikels des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes nicht mehr nur zur Kenntnis zu nehmen sondern zu genehmigen sein wird. Intensive Beschäftigung damit ist nötig; künftig eventuell, wie angeregt, nach Vorberatung durch eine Kommission. – Der Landrat muss die Verantwortung für die Planung mittragen, und die Behandlung der Legislaturplanung hat richtigerweise auch ein Kommunikationsmittel zu sein, mit dem aufgezeigt wird, für was der Kanton einsteht, was er ist und was er wie erreichen will. – Die Legislaturplanung 2010/2014 stellt eine Mischung zwischen wichtigen aber unspektakulären Fleissaufgaben und Vorgaben zur strategischen Positionierung des Kantons dar. Vermisst wird die Positionierung als Energiekanton, wie sie das durch Landsgemeindebeschlüsse bestätigte BDP-Postulat „Energy Vally“ anregt und mit dem wirtschaftliche Chancen verbunden sind. Als Zweites fehlt die Abstimmung der Entwicklungsstrategie zwischen Kanton und Gemeinden; trotz einiger Erwähnungen der Gemeinden sieht es leider nicht danach aus, wie Gemeindevertretungen bestätigen. Dabei wäre es doch eine der grossen Chancen der Gemeindefusion, die Entwicklungsstrategien von Kanton und den nur noch drei Gemeinden gemeinsam, gleichberechtigt und auf einander abgestimmt zu erarbeiten. Die Legislaturplanung hätte Resultat daraus zu sein.

This Jenny, Netstal, zweifelt an der Umsetzungsmöglichkeit von Zielsetzungen. – Bezüglich Wohnbauförderung, Neubau und Sanierung Altbauten im Glarner Hinterland fragt er, ob der Regierungsrat Hätzingen zu kaufen, abzurechen und neu zu bauen oder Kosthäuser zu sanieren gedenke und ob danach eine etwas bringende oder eine die Fürsorge belastende Klientel zuzöge. Es fehlen Aussagen zur Um- und Zielsetzung. – Die Aussage, es werde mit dem Bau der Umfahrung Näfels 2014 begonnen, bedeutet der Bevölkerung Sand ins Auge zu streuen. Dazu wäre der Landsgemeinde 2011 ein Kredit von 100 Millionen Franken zu

unterbreiten, der aber nicht als rückzahlbare Vorfinanzierung zu betrachten wäre; wie sich der Bund verhielte, würde sich weisen. Der Redner freute sich zwar wie viele andere auf diese Umfahrung, doch wird 2014 nichts passieren; bereits die Realisierung der Stichstrasse Näfels–Mollis wäre ein Erfolg. – Der an sich zu begrüßende Halbstundentakt des öV ist einer Ökobilanz zu unterziehen. Mit drei, vier Personen besetzte Züge durchs Tal zu führen, ist ökologisch belastender als einige zusätzliche Autofahrten, und unstatthaft wäre es, die Kosten ausser acht zu lassen. Abwägende Vergleiche sind anzustellen. – T. Jenny ersucht die Regierung, will sie ernst genommen werden, um mehr Realismus und bezeichnet seinen Betrieb als für Bauarbeiten bereit.

Rolf Hürlimann, Schwanden, schliesst sich den Voten Landolt und Hefti an und dankt für die sorgfältige, breit abgestützte Arbeit, welche ihre Aufgabe grossenteils erfüllt. Positiv ist die Absicht Legislatur- und Finanzplanung zu koordinieren. Wegen Gesetzesvorgaben musste die Legislaturplanung um ein Jahr vorverschoben werden, doch wäre ein Jahr nach Legislaturbeginn als Termin zu überdenken. Damit erhielten die Fraktionen Zeit, um sich mit Planungen befassen, Vorstellungen formulieren und Vorstösse einreichen und damit die Legislaturplanung beeinflussen zu können. Dies war ihnen nun nach den mit den Wahlen zu lösenden Personalfragen und der kurzen Frist danach nicht möglich, was durch Gesetzesänderung zu verbessern wäre. – Die strategische Positionierung fehlt tatsächlich. Die Legislaturplanung ist sehr detailliert; das Lösen einzelner Probleme darf nicht die Sicht auf das Ganze behindern. – Dem Hauptproblem, Situation im Hinterland, ist aus einer Gesamtsicht heraus zu begegnen, sektorielles Betrachten genügt nicht, und grundlegende Entscheide, mögen sie auch hart sein, sind zu fällen. Der Redner bittet den Regierungsrat, Glarus Süd umfassend zu beachten. – Zum politischen Entwicklungsplan Soziales (Ziff. 2.2), bittet er um Auskunft, weshalb die Aussage dazu im Massnahmenplan nicht konkretisiert ist. E-Voting für Auslandsschweizer (Ziff. 3.1.1) erachtet er als keineswegs prioritär zu behandeln, tragen die Auslandsschweizer doch nichts bei zu Finanzhaushalt und Entwicklung. Unter Raumordnung (Ziff. 3.1.2) ist zu entnehmen, dass der seit 1998 in Arbeit befindliche Richtplan erst 2014 fertig gestellt sein wird, und er eigentlich bereits wieder erneuert werden müsste. Beim nationalen Ranking liegt der Kanton diesbezüglich an letzter Stelle. Das Wassergesetz (Ziff. 3.1.3) erst 2014 vorlegen zu wollen, ist zu spät, wie die Meinungsäusserungen im Saal belegen. Bezüglich Wohnmarketing und Wohnbauförderung (Ziff. 3.1.4) herrscht grosses Schweigen, und auch Naturgefahren wären ein Thema. All dies gäbe einiges zu diskutieren, was sich aber für Kenntnisnahme nicht lohnt.

Regierungsrätin *Marianne Dürst* erklärt zum politischen Entwicklungsplan Soziales, der Finanzausgleich erfülle seinen Auftrag auch bezüglich der sozialen Kosten, womit die Aufgabe als erfüllt nicht mehr zu konkretisieren ist. Bisher war von einer höheren Sozialhilfebezügerquote in Glarus Süd ausgegangen worden. Dies trifft aber nicht zu; wie die nun eine einheitliche Gesamtsicht wiedergebende Statistik zeigt, liegt sie sogar tiefer als der kantonale Durchschnitt. – Eine Abstimmung der Legislaturziele mit den Gemeinden erfolgte nicht. Aufgaben und Zuständigkeitsebenen sind verschieden, und es darf nicht alles miteinander vermischt werden. Zudem wollten in der Phase der Zusammenführung die neuen Gemeindebehörden, denen sowie den abtretenden für grosse Arbeit herzlicher Dank und hohe Anerkennung gebührt, nicht auch noch damit belastet werden. Themen wie Richtplan, Raumentwicklung, Standortförderungsgesetz usw. sind aber im Austausch mit den Gemeinden zu bearbeiten. Politische Projekte werden zwar künftig miteinander geplant, aber letztlich bleibt der Legislaturplan Führungsinstrument der Regierung. – Obschon sie das Thema jahrelang begleitete, ist das Schaffen einer Tourismusdachorganisation nicht Aufgabe der Regierung. Vor wenigen Jahren wurde es von einzelnen Tourismusorganisationen zudem ausdrücklich abgelehnt. Sind sich die Touristiker einig und wollen sie ihre Mittel bündeln, wird dies der Kanton unterstützen. – Es wird noch manche nicht aufgeführte Aufgabe aus der Situation oder aufgrund von Initiativen zum politischen Alltag der neuen Legislatur gehören.

Abstimmung: Der Landrat hat von der Legislaturplanung 2010/2014 Kenntnis genommen.

C. Jahresplanung 2010/2011, Übersicht Landsgemeindegeschäfte 2011

Priska Müller, Oberurnen, ersucht darum, das einzige von der alten in die neue Legislatur verschobene Kerngeschäft der Gemeindestrukturereform, Anpassung Richtplan, als vordringlich anzupacken. Druck besteht von Seiten des Bundes, der Neueinzonungen nur bei Rückzonen zulässt. Eine Studie der Avenir Suisse bewertet die dem Kanton Glarus für den Vollzug der Siedlungsentwicklung zur Verfügung stehenden Instrumente als weitaus die schlechtesten aller Kantone; eine solche Aussensicht ist zu korrigieren. Selbst das neue Raumentwicklungs- und Baugesetz tut dies nicht, weil auf den Bund gewartet werden wollte. Das Problem ist nun unbedingt zu lösen.

Landammann *Robert Marti* verspricht die Forderung der Vorrednerin zu erfüllen. Es sind jedoch die Fragestellungen der erwähnten Studie zu beachten. Wichtig war vor allem der Personalbestand der für die Raumplanung zuständigen Stelle. So bleibt, auch bezüglich anderer von Vorrednern gestellten Forderungen, auf Verständnis des Landrates zu hoffen, wenn Stellenbegehren zu behandeln sein werden. – Bezüglich Umfahrungsstrasse haben Taten Dringlichkeit zu belegen, statt Reden gesetzte Ziele als unmöglich zu bezeichnen. Gerade Land- und Ständerat Jenny sowie die beiden anderen eidgenössischen Parlamentarier sollen sich in Bern zu Gunsten des grossen Anliegens mit aller Kraft einsetzen. – Beim Richtplan besteht bezüglich Einzonen tatsächlich kein Spielraum mehr. Der Kanton versuchte Druck zu machen, doch wollten die bisherigen Gemeindebehörden das heisse Eisen nicht mehr aufnehmen. Nun ist es gemeinsam mit den neuen drei Gemeinden zu schmieden. Selbst wenn dabei Funken stieben: Es wird eine gute Lösung geben. Die Überarbeitung der Richtpläne ist nicht mehr an einen starren Fahrplan mit erneuter Auflage gebunden, sondern es sind vernünftigerweise Revisionen, Änderung des Bestehenden statt gänzliche Erneuerung, vorzunehmen. – Das Wassergesetz wird von hängigen Bundesgerichtsentscheiden beeinflusst, weshalb bei einigen umstrittenen Kernpunkten zugewartet werden muss.

This Jenny nimmt den Hinweis für die Glarner Bundesparlamentarier auf und erklärt, selbst wenn alle anderen den drei Glarnern folgten, bleibe 2014 unrealistisch und die Formulierung „Beginn Realisierung Umfahrung Näfels 2014“ irreführend.

Andreas Kreis, Glarus, erkundigt sich, ob der Zwillingsmemorialsantrag 2011 der Landsgemeinde vorgelegt werde. Wenn ja, ist Ziffer 3 Jahresplanung 2010/2011, Übersicht Landsgemeindegeschäfte 2011, zu ergänzen, um sicher zu sein, dass nicht statt eines Beschlussentwurfs Verschiebung beantragt wird.

Landammann *Robert Marti* erinnert an seine Aussage, die Anträge seien vergessen worden und würden aufgenommen. Gemäss Kantonsverfassung sind sie an der Landsgemeinde 2011 zu behandeln; dies wird geschehen.

Fredo Landolt, Näfels, erinnert an das Unesco Weltnaturerbe Tektonikarena Sardona. Dieses einzigartige, nicht kopierbare Gut bleibt in der Jahresplanung unerwähnt. In der Mittelfristplanung wird einzig das Schaffen eines Besucherzentrums erwähnt. Das Label ist aber eine ideale Plattform, um Glarus Süd besser zu positionieren, wozu ein Gebäude nicht genügt. Es braucht Rahmenprogramme, für die zwar auch der Tourismus verantwortlich ist, aber der Kanton Hilfe zu Gunsten besserer Kommerzialisierung anzubieten hat.

Landammann *Robert Marti* verweist auch auf die Schutzverpflichtung gegenüber dem Millionen Jahre alten Erbe. In der laufenden Woche ergab sich beste Reklame zu Gunsten der eher unsympathisch anmutenden Forderung nach Kommerzialisierung. Im Schweizer Fernsehen wurde und wird zu bester Sendezeit und bei herrlichem Wetter täglich über Glarus Süd und die Tektonikarena, auch dank guter Begleitung, sehr positiv berichtet. – Momentan wird an einer Machbarkeitsstudie für ein Informationszentrum gearbeitet, um den Besuchenden das Angebot näher bringen zu können, was für den Erfolg äusserst wichtig ist. – Der Kanton nutzt alle in seinem Bereich liegenden Möglichkeiten, doch liegt nicht alles bei ihm.

Laut Regierungsrätin *Marianne Dürst* fehlt es insbesondere nach dem Scheitern von „GLT neu“ an Kapazität um Produkte und Angebote zu Gunsten kommerzieller Nutzung z.B. des Weltnaturerbes zu entwickeln. Der Kanton unterstützt über die Regionalpolitik des Bundes jedoch Produkte wie „Kraft erleben“, die eine Verknüpfung der Wertschöpfungskette bringen. Die Tourismusdestinationen, Gemeinden und Kanton werden gefordert sein, um im Fremdenverkehrssektor zulegen zu können. Dies geschieht bereits beim Agrotourismus, indem landwirtschaftliche Produkte erlebt werden können. Persönliche Initiativen sind willkommen, aber es wird dabei die Personalfrage – Sache der Privaten oder der öffentlichen Hand, resp. der Gemeinden oder des Kantons – zu lösen sein.

Abstimmung: Der Landrat hat von der Jahresplanung und der Übersicht über die Landsgemeindegeschäfte 2011 Kenntnis genommen.